



A. TULLMANN / BPK / DER SPIEGEL

Sponti Fischer auf dem PLO-Solidaritätskongress in Algier (1969), PLO-Redner Jassir Arafat, Kongressteilnehmer: „Die algerische Regierung

MINISTER

Wahrheit auf Raten

Wenn es um seine Sponti-Vergangenheit geht, erinnert sich der Außenminister nur scheinbarweise, etwa an seinen Umgang mit einer Ex-Terroristin oder eine pikante Reise nach Algier. Seine Gedächtnislücken bringen Joschka Fischer politisch immer stärker unter Druck.

Wenn Staatsminister Ludger Volmer vom Auswärtigen Amt im Deutschen Bundestag Fragen zur Vergangenheit seines Chefs Joschka Fischer beantwortet, dann erfüllt er normalerweise den Tatbestand der Auskunftsverweigerung: Kein Kommentar. Schon beantwortet. Kein Anlass, Stellung zu nehmen. Schon deutlich gemacht. Ich weise die Unterstellung zurück.

Am Mittwoch vergangener Woche aber kam Volmer im Plenum des Parlaments ins Schwadronieren. Warum denn Fischer in einem SPIEGEL-Gespräch verschwiegen habe, dass er 1969 einmal bei einem PLO-Solidaritätskongress in Algier gewesen sei, hatte der CDU-Abgeordnete Eckart von Klaeden wissen wollen. Und da hob Volmer an – obwohl auch diesmal vom Minister zu kargen Auskünften angehalten –, dem Frager herablassend zu erklären, „wie SPIEGEL-Ge-

spräche verlaufen: Da zählt manchmal auch die Unterhaltsamkeit“.

Fragestunde im Reichstag. Die Opposition hatte dringenden Auskunftsbedarf angemeldet. Nicht über die Arbeitsweise des SPIEGEL indes wollte sie etwas wissen, sondern über das Erinnerungsvermögen des Außenministers. Also setzte Klaedens

Fraktionskollegin Sylvia Bonitz nach und erkundigte sich nach einem Widerspruch, „den man gemeinhin so deuten würde, dass der Außenminister in dem SPIEGEL-Interview die Unwahrheit gesagt hat“.

Volmer: „Frau Bonitz, ich weiß nicht, ob Sie der SPIEGEL schon jemals zu einem Redaktionsgespräch eingeladen hat. Sonst wüssten Sie, dass man dort nicht die Möglichkeit hat (...), die eigene Lebensgeschichte zu erzählen, sondern dass der SPIEGEL das Gesagte anschließend unter den Aspekten des Wahrheitsgehaltes, aber auch der griffigen und prägnanten Formulierungen zusammenfasst.“

Zwischenrufer trugen nach, was Volmer nicht erwähnte. Im Bundestagsprotokoll heißt es:

„Eckart von Klaeden, CDU/CSU: Aber man autorisiert ein Interview! – Jürgen Koppelin, FDP: Der Text wird Ihnen vorgelegt!“

So ist es. Und so war es. Das am 8. Januar erschienene Fischer-Ge-



K. PFANFENBACH / DDP

Zeuge Fischer*: „Es wird immer absurder“

* Am 16. Januar im Klein-Prozess.



FOTOS: A. TULLMANN / BPK / DER SPIEGEL

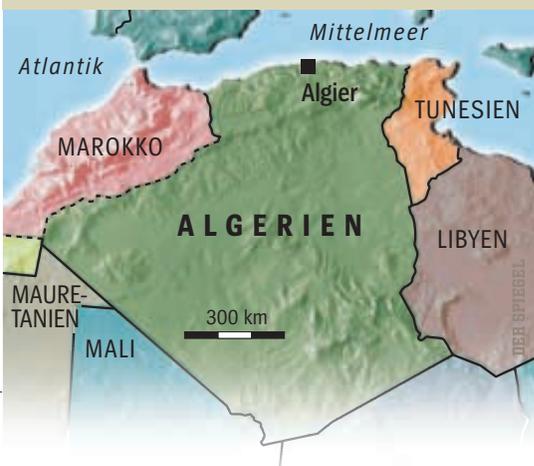
hatte für erstklassige Simultandolmetscher gesorgt“

POLITIK DES TERRORS

Nach der Niederlage gegen Israel im Sechstage-Krieg setzten die arabischen Staaten auf Terror als Waffe. Sie brauchten Zeit, um ihre 1967 geschlagenen Armeen zu reorganisieren und wieder aufzurüsten.

Wenige Tage vor dem PLO-Solidaritätskongress im Dezember 1969 in Algier beauftragten die arabischen Staatschefs deshalb den PLO-Chef Jassir Arafat auf ihrem Gipfeltreffen in Rabat/Marokko, den Kampf gegen Israel vorerst allein zu führen.

Im Gegenzug sagten sie der PLO, die 1968 in der Palästinensischen Nationalcharta Israel das Existenzrecht abgesprochen hatte, finanzielle und politische Unterstützung zu. Entführungen von Flugzeugen, Anschläge auf Flughäfen und Niederlassungen der israelischen Luftfahrtgesellschaft El-Al in Europa markierten den Beginn einer Offensive palästinensischen Terrors, der im „Olympia-Massaker“ 1972 in München gipfelte.



sprach war Wort für Wort vom Minister und seinen Leuten geprüft und autorisiert worden.

Volmer informierte die Abgeordneten gleich noch zweimal falsch. Er behauptete – um seinen Minister nicht in den Verdacht des Antisemitismus geraten zu lassen –, Fischers jüdischer Freund Daniel Cohn-Bendit sei auch in Algier gewesen, was nicht stimmte. Und er behauptete, Fischer habe, als die Schlussresolution verlesen wurde, in der vom „Endsieg“ gegen Israel die Rede war, „nach circa einer Stunde“ die Tagung „aus Langeweile“ verlassen. Inge Presser, die zusammen mit vier Männern den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) in Algier vertrat, erinnert sich anders: „Fischer war, als die Resolution verlesen wurde, von Anfang bis Ende dabei.“

Am Freitagabend korrigierte auch Fischer-Sprecher Andreas Michaelis: Volmer sei von Fischer nicht detailliert über den Verlauf der PLO-Solidaritätsveranstaltung informiert worden.

Ungeschicklichkeiten eines Fischer-Verteidigers? Taktische Erinnerungslücken des Ministers? Oder Spitzfindigkeiten in der „Schlacht um die Biografie“, in die sich der einstige Streetfighter und heutige Vizekanzler Fischer verwickelt sieht?

Gleich an zwei Fronten geriet der grüne Starpolitiker in der vergangenen Woche unter Druck. Die hessische Justiz kündigte am Freitag Ermittlungen gegen Fischer wegen uneidlicher Falschaussage vor Gericht an. Der Immunitätsausschuss des Bundestags in Berlin wurde davon informiert: Aktenzeichen 6100 Js 203068/01 Pol.

Politisch machte ihm die im SPIEGEL-Gespräch unterschlagene Algier-Konferenz von 1969 zu schaffen. Zwar sicherte Gerhard Schröder seinem grünen Freund „ohne Abstriche vollstes Vertrauen“ zu. Gleichwohl unkte die Londoner „Times“: „Joschka Fischers Chancen, im Amt des Außenministers zu überleben, sanken dramatisch.“

Als „einen Prozess der Wahrheitsfindung“ hat der Außenminister von den Grünen die Diskussion um seine radikal-militante Vergangenheit nach 1968 nie begriffen, wie er am 17. Januar im Bundestag bekannte. Mochte auch SPD-Fraktionschef Peter Struck in einem Zwischenruf die Angriffe der Union auf Fischer als „Schmutzkampagne“ werten, für den streitlustigen Grünen handelt es sich um eine „völlig legitime politische Auseinandersetzung, und so findet sie auch hier statt“.

Politisch-taktisch ist Joschka Fischer schon immer mit seiner Vergangenheit umgegangen. Zum bewussten Kalkül wurde das, seit er, im Zuge seiner Zeugenaussage beim Prozess gegen den einstigen Mitkämpfer aus der Frankfurter Putztruppe Hans-Joachim Klein, im Mittelpunkt der öffentlichen Aufarbeitung von 1968 und den Folgen steht.

Die ganze Wahrheit? Als gäbe es eine lückenlose Erinnerung. Fischer bekannte sich pathetisch zu seiner revolutionären Vergangenheit, wo es ohnehin nichts zu verbergen gab. Das trug ihm sogar zusätzliche Sympathien ein. Und er mauerte, taktierte und färbte seine Darstellung, wann immer ihm das zum Schutz seiner jetzigen Position zweckmäßig erschien.



A. TULLMANN / BPK / DER SPIEGEL

Algier-Reisender Fischer (Kreis), SDS-Delegation*: „Wir waren radikal und unverantwortlich“

Bis zur vergangenen Woche ist er damit nicht schlecht gefahren. Nun holen ihn Antworten ein, die neue Fragen aufwerfen. Und Argwohn. Fischer reagiert darauf, indem er sich zum Opfer einer öffentlichen Treibjagd stilisiert – ein grüner Kohl.

Den juristischen Trouble hat Fischer ausgerechnet der Auftritt eingebracht, den er dazu nutzen wollte, die Debatte um seine Vergangenheit zu beenden: Am 16. Januar musste er auf Ladung der 21. Großen Strafkammer des Frankfurter Landgerichts im Verfahren gegen seinen einstigen Weggefährten Klein aussagen. Dabei bestritt er, dass zeitweise in seiner WG die Ex-Terroristin Margrit Schiller gewohnt habe. Die Staatsanwaltschaft hat heftige Zweifel.

Brisanter für den Außenminister sind die Unklarheiten im Zusammenhang mit seiner Algerien-Reise. Denn in dieser Frage steht seine politische Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Wann immer Kritiker und zunehmend auch Freunde Fischers sich in den vergangenen Wochen fragten, was eigentlich noch authentisch sei an diesem wandlungsfähigen Super-Aufsteiger, war eine Antwort klar: sein Verhältnis zu Israel. Fischers politische Weltsicht hatte eine Konstante, und die hieß Auschwitz.

Und nun soll dieser Fischer einst „den bewaffneten Widerstand des palästinensischen Volkes zur Befreiung des Heimatlandes“ bis zum „Endsieg“ unterstützt haben, gegen den Staat Israel und das „rassistische, expansionistische und kolonialistische System des Zionismus“, wie es in der offiziellen Abschlussverlautbarung des Kongresses heißt. Seite an Seite mit dem Anführer der

amerikanischen „Black Panther“, Eldridge Cleaver, der ebenfalls in Algier dabei war.

Inge Presser erinnert sich, dass Fischer und seinen männlichen Kollegen Arafats PLO-Haltung zu gemäßigt erschienen sei: „Die favorisierten in ihren Augen fortschrittlichere Gruppierungen“ – wie die von Georges Habasch geführte PFLP, die ab 1970 mit Flugzeugentführungen von sich reden machte.

Dabei war schon Arafats Al-Fatah zu jener Zeit alles andere als harmlos. Die sah sich praktisch als Krieg führende Macht. Im September 1969 hatten Mitglieder der Al-Fatah ein Büro der israelischen Fluggesellschaft El-Al in Brüssel mit Handgranaten attackiert.

Dass Arafat in Algier eine „wütende Rede“ gehalten habe, daran erinnert sich auch Udo Knapp, damals SDS-Vorsitzender in Frankfurt und Leiter der Delegation. In der „Frankfurter Allgemeinen“ behauptete er indes, diese Rede sei nicht ins Englische übersetzt worden.

Inge Presser erinnert sich anders: „Die algerische Regierung hatte für erstklassige Simultandolmetscher gesorgt, die die Rede ins Englische und Französische übersetzten.“

Knapp spielt den Besuch seiner SDS-Mannschaft, die Fischer mitgenommen haben will, weil noch ein Platz frei war, demonstrativ herunter: „Wir waren keine Vertreter der Bundesrepublik, wir wurden auch nicht offiziell begrüßt, ich jedenfalls kann mich an keine Rede erinnern, an kei-

ne Diskussion, an der wir als Gruppe beteiligt waren.“

Das wundert nun wieder Wolfgang Schwiedrzik, der damals für den Berliner SDS mit von der Partie war: „Wir haben, wohl wissend, welche Bedeutung die Konferenz für die Fatah hatte, an der Konferenz teilgenommen: Es ging um die ‚Befreiung Palästinas‘ im bewaffneten Kampf. Dass eine solche Lösung die Zerstörung des israelischen Staates voraussetzte, darüber machten wir uns damals keine Gedanken.

Wir waren radikal – und unverantwortlich. Vor allem was die Steigerung von Kampf- formen anging, kannte unsere Phantasie keine Grenzen.“

Noch 1984 hatte Schwiedrzik wegen der Kongress-Teilnahme Schwierigkeiten, ein US-Visum zu bekommen. Der Konsular-Beamte in Bad Godesberg war offenbar präzise über Details informiert – schließlich hatten auch die Geheimdienste ihre Abgesandten nach Algier geschickt. Das Visum wurde abgelehnt – erst ein Bittbrief direkt an den Botschafter half.

Fischer bestreitet die Algier-Reise nicht, lehnt aber jede Äußerung dazu ab. Seine pro-israelische Haltung sei bekannt, lässt er wissen. Seit seinem 16. Lebensjahr habe er die deutsche Schuld gegenüber den Juden akzeptiert.

Es ist ein wutbebendes Schweigen, das Fischer über seine Mitarbeiter verbreiten lässt. Der diskursive und offensive Volksredner Joschka Fischer zerbirst offenbar fast unter dem selbst auferlegten Druck des



C. SCHWIEDRZIK

Ex-SDSler Schwiedrzik
Andere Erinnerung

* Rechts neben Fischer Herbert Röttgen, Inge Presser, unbekannter Teilnehmer, Udo Knapp, Wolfgang Schwiedrzik.



A. TULLMANN / BPK / DER SPIEGEL

Kongressteilnehmer Cleaver (hinten M.): Unterstützung bis zum „Endsieg“ über Israel

Schweigens. Dass er ein „Offensivspieler“ ist, wissen seine Freunde nicht nur vom Fußballplatz, das gilt auch für die Politik. Nun hat sich der verbale Sponti selbst gefesselt.

Die Gefahr, dass er sich in seinem Schweigen vergräbt wie in einem Bunker, wächst täglich. Jedem Detail, das er erzählte, würden andere entgegengehalten, die er angeblich verschweige, glaubt er. Er wolle „sich an diesem Spiel nicht länger beteiligen“, ließ er verärgert mitteilen. Von nun an will sich Fischer bei Äußerungen zu seiner Vergangenheit von befreundeten Rechtsanwälten beraten lassen. Einen hat er schon beauftragt, ihn im Falschaussageverfahren zu vertreten.

Es bleibt die Flucht in die Arbeit. Der Minister sei „stark beschäftigt“, erläutern seine Leute aus dem Amt. Und als seien sie bestellt, um ihn vom Verdacht der PLO-Nähe reinzuwaschen, besuchten ihn Ende vergangener Woche Vertreter jüdischer Organisationen – alles lang anberaumte Termine, die nun freilich gut ins Bild passen: „Von keinem der jüdischen Vertreter ist er auch nur ansatzweise wegen seiner Reise zur PLO nach Algerien angesprochen worden“, sagt sein Sprecher Michaelis.

Noch fühlt sich Joschka Fischer im Amt sicher. Rücktritt? „Diese Frage werden Sie mir noch oft stellen können. Damit ist die Frage nach meinem Rücktritt beantwortet.“ Er spürt zwar, dass auch im

Lager der Koalition inzwischen von seiner Zukunft geredet wird, sobald seine Vergangenheit Thema ist. Allerdings hat ihm Kanzler Schröder ausdrücklich versichert, dass man sich nicht an alle Details seines früheren Lebens erinnern können muss.

Tatsächlich überschneiden sich im Streit um Fischer und die Rolle der 68er permanent die Ebenen. Fischer, der sich darüber beklagt, dass seine spontanen Äußerungen zur gesellschaftlichen und persönlichen Vergangenheit im „forensischen Furor“ (Michaelis) geradezu systematisch auf ihre Gerichtsfestigkeit getestet würden, profitiert andererseits davon, dass seine politischen Hauptgegner Angela Merkel und Friedrich Merz nicht fähig sind, die Sprache und Vorstellungswelt der siebziger Jahre zu erfassen.

Umgekehrt misslang Fischers Versuch, im Gerichtssaal politisch so loszulegen, als rede er vor seiner eigenen Fraktion. Richter Heinrich Gehrke hatte Fischer, der ohne

Rechtsbeistand auftrat, indirekt warnend freigestellt, ob er die Fragen des Staatsanwalts Volker Rath zur Wohnsituation in der Bornheimer Landstraße 64 beantworten wollte, wo die Ex-Terroristin Margrit Schiller zeitweise mit Fischer „zusammengelebt“ haben will.

Fischer wollte reden. Doch als ihn der Staatsanwalt mit einem von Bettina Röhl, der Tochter der RAF-Terroristin Ulrike Meinhoff, übersandten belastenden Papier konfrontierte, war er schon „auf 180“, wie er später Freunden erzählte. Staatsanwalt Rath: „Die Fischer-Wohngemeinschaft – so wird das bezeichnet – sei damals Anlaufpunkt gewesen für die verschiedenen Personen aus der RAF, die sich in dieser Wohngemeinschaft getummelt hätten wie die Fische im Wasser.“

Während zu sehen war, dass der Zeuge Fischer den Kopf schüttelte, war zu spüren, dass seine Wut „auf 360“ anstieg. Rath: „Von dieser Wohngemeinschaft aus sei dieses Klima entstanden, was die weitere Existenz der RAF und Bildung der RZ und des 2. Juni begünstigt hätte.“

Fischer fuhr wütend auf: „Wann kommen die Vorwürfe, dass Cohn-Bendit und ich aus der Fischer-Wohngemeinschaft heraus den dritten Weltkrieg geplant hätten? Es wird doch immer absurder!“

Rath: „... Herr Fischer ...“

Vorsitzender Richter Gehrke: „Lassen Sie ihn doch erst einmal ausreden!“

Fischer: „Klare Antwort: Das ist völliger Quatsch. Lassen Sie sich von Frau Röhl weiter so was geben. Wer mich damals kannte und kennt, der weiß, ich war kein ‚Sozialarbeiter‘. Ich bin ohne jeden Zweifel auch davongerannt, und manchmal habe ich auch hingelangt, ja. Aber dass ich mit bewaffnetem Kampf und gar seiner Unterstützung was zu tun gehabt hätte, Herr Rath, da sind Sie auf einer völlig falschen Spur.“

Rath: „Sind in der Wohngemeinschaft, in der Sie wohnten, damals auch Leute wohnhaft gewesen oder zeitweise wohnhaft gewesen, die der RAF, den RZ beziehungsweise dem 2. Juni zugerechnet werden konnten?“

Fischer: „Mir ist nicht innerlich – und ich habe nicht in einer WG gewohnt, sondern in vielen ...“

Rath: „Stichwort Margrit Schiller.“

Fischer: „Nein, mit der habe ich nie zusammengewohnt.“

Rath: „Nicht zusammengewohnt?“

Fischer: „Ich hatte mit ihr auch keine Beziehung.“

Staatsanwalt Rath hat über die Aussage eine dienstliche Erklärung angefertigt, die den Verdacht nährt, Fischer habe nicht die Wahrheit gesagt. Richter Gehrke wurde



J. GÜNTHER

BPK

Ehemalige Fischer-WG in Frankfurt, verhaftete Schiller*
„Mit der habe ich nie zusammengewohnt“

* Am 22. Oktober 1971 in Hamburg.

zu seiner Verwunderung bisher nicht um eine solche Stellungnahme gebeten – er glaubt auch nicht an die Falschaussage.

Damalige Mitbewohner Fischers haben an die Zeit in der Bornheimer Landstraße 64 teilweise noch lebhaftere Erinnerungen. Daniel Cohn-Bendit sagt, es habe sich um „eine Hausgemeinschaft mit sechs Wohnungen“ gehandelt, die alle „legal gemietet“ worden seien. Die Wohnungstüren im Haus seien für die Genossen kaum verschlossen gewesen: „Richtig ist, dass in diesen Wohnungen jeder ein- und ausging.“

Cohn-Bendit ist sicher: Die RAF-Frau Schiller hat in der Männer-WG nie genächtigt. Sie müsse bei den Frauen in der Wohnung nebenan untergekommen sein. Dort

dung gebracht – dabei wurden Salven von Mollis geworfen. Schon diese Woche im Wiesbadener Landtag könnten, so die internen Überlegungen, die Regierungsfaktionen den Antrag stellen, die Untersuchung einzuleiten.

Zwar hat der oberste hessische Datenschützer Friedrich von Zezschwitz massive Bedenken, das alte Papier in Umlauf zu bringen. Doch auch Zezschwitz räumt ein, der Bericht weise „strafrechtlich erhebliche Verdachtsmomente“ auf.

Die Frankfurter Staatsanwälte wollen aus dem V-Mann-Papier Erkenntnisse über die militante Sponti-Szene schöpfen. In den nächsten Tagen, heißt es in Wiesbaden, sollen die Ermittler den Bericht bekom-



Parteifreunde Fischer, Volmer*: Nicht detailliert informiert?

lebte unter anderem Barbara Köster, die dem so genannten Weiberrat der militanten Sponti-Gruppe „Revolutionärer Kampf“ angehörte.

Köster – damals mit Cohn-Bendit liiert, mit Fischer verkracht – kann sich an die dunkelhaarige Besucherin erinnern. Schiller habe „maximal drei bis vier Tage in meinem Zimmer“ gewohnt, sagt sie.

Cohn-Bendit bestreitet, dass Schillers Erinnerungen an die Begegnung des Jahres 1973 im Detail korrekt sind. So sei es falsch, dass er sie eingeladen habe: „Ich weiß nicht, wie sie darauf kommt.“

Fischer lässt verlauten, dass er den Ermittlungen mit Ruhe entgegenthe. Er sei darauf eingestellt, dass bis zur Bundestagswahl die Kette von juristischen, persönlichen und politischen Attacken auf ihn nicht abreißen werde.

Da hat er wohl Recht. Die CDU in Hessen plant einen Untersuchungsausschuss. Der soll auch einen bisher geheimen Spitzelbericht des Verfassungsschutzes auswerten. Darin wird Fischer von einem hessischen V-Mann mit dem Angriff auf das spanische Generalkonsulat 1975 in Verbin-

men – was immer der Datenschützer dazu meint. Sogar versuchter Mord kommt aus Sicht hochrangiger CDU-Leute als Vorwurf in Frage. Dagegen sind Untersuchungen, wer wann wo gewohnt hat, eine Lappalie.

Juristisch muss Fischer die Ermittlungen zur Falschaussage im Fall Schiller wohl nicht fürchten. Für eine Verurteilung müsste die Staatsanwaltschaft ihm nachweisen, dass er bewusst die Unwahrheit sagte. Bei der uneidlichen Falschaussage ist zumindest „bedingter Vorsatz“ notwendig.

Die Staatsanwaltschaft mutmaßt allerdings, dass der intelligente Zeuge Fischer die Fragen sehr wohl verstanden habe und absichtlich ausweichend und irreführend antwortete. Wenn Strafanzeigen nicht eingegangen wären – bisher sind es sieben –, hätte die Behörde deshalb wohl von Amts wegen das Verfahren eingeleitet, heißt es in Frankfurt. Dass Fischer auf die Frage des Staatsanwalts nach Frau Schiller nur so viel sagte wie unbedingt notwendig, mag aus Sicht der Strafverfolger ein Indiz für das taktische Verhalten des prominenten Zeugen sein.

Aus Fischers Sicht ist es Politik.

JÜRGEN HOGREFE, GUNTHER LATSCH, JÜRGEN LEINEMANN, GEORG MASCOLO, DIETMAR PIEPER, WILFRIED VOIGT

* Mit der Vorsitzenden der grünen Bundestagsfraktion Kerstin Müller.